Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.60 Mark, vierteljährlich 4.80 Mark, durch die Post 4.50 Mark ausschließl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitungeingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Anzeigen werd. o. 7gtspalt. 38mm br. Kolonelzeile oder deren Raum mit 40 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm breite Zeile 1.25 Mk. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abends 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2mal, Sonntags 1mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 185a. Halle, Dienstag, den 22. April. 1919.

Der Beginn der Friedensverhandlungen.

WTB. Berlin, 21. April. (Sonderdepesche.) Anschließend an das deutsche Telegramm vom 19. April übergab General Nudant gestern in Spa die Antwort der verbündeten assoziierten Regierungen, worin die Entsendung von Bevollmächtigten nach Versailles gefordert wird, die ebenso ermächtigt sind, über die Gesamtheit der Friedenspräliminarien zu verhandeln, wie die alliierten assoziierten Vertreter. Hierauf antwortete der Reichsminister des Aeußern, die deutsche Regierung werde nunmehr in Voraussetzung, daß im Anschluß an die Uebergabe des Entwurfs der Friedensbedingungen Verhandlungen über den Inhalt beabsichtigt werden, als Delegierte die Reichsminister Brockdorff-Rantzau, Landsberg, Giesberts, Leinert, Dr. Melchior und Professor Schücking entsenden, wenn Bewegungsfreiheit sowie freier Drahtverkehr mit der deutschen Regierung gewährleistet werde.

Der Wortlaut des bedeutsamen Depeschenwechsels.

WTB. Berlin, 21. April. (Drahtnachricht.) Im Anschluß an das Telegramm, mit dem die deutsche Regierung am Abend des 19. April die Einladung der alliierten und assoziierten Regierungen zum 25. April nach Versailles erwidert hatte, übersandte General Nudant der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa am 20. April nachmittags 5 Uhr 25 Minuten folgende Note:

Der Vorsitzende des Ministerrats und Kriegsminister telegraphiert am 20. April 1919 unter Nr. 2076:

Ich bitte Sie, der deutschen Regierung die folgende Antwort der verbündeten und assoziierten Regierungen zu übermitteln. Die alliierten und assoziierten Regierungen können nicht Abgesandte empfangen, die lediglich zur Entgegennahme des Wortlauts der Friedensartikel ermächtigt sind, wie es die deutsche Regierung vorschlägt. Die alliierten und assoziierten Regierungen sind verpflichtet, von der deutschen Regierung zu fordern, daß sie Bevollmächtigte nach Versailles entsendet, die ebenso vollständig fragen zu verhandeln, wie die Vertreter der alliierten und assoziierten Regierungen. Gez. Nudant.

Der Reichsminister des Auswärtigen hat am 21. April nachmittags seinem Vertreter in Spaa telegraphiert: Bitte dortigem französischen Vertreter zur Weitergabe an die alliierten Mächte folgendes mitzuteilen:

Nachdem der französische Ministerpräsident und Kriegsminister der deutschen Regierung die Aufforderung der alliierten und assoziierten Regierungen übermittelt hat, die deutschen Delegierten mit einer ebenso vollständigen Ermächtigung zu den Verhandlungen über die Gesamtheit der Friedensfragen zu versehen, wie die Vertreter der alliierten und assoziierten Regierungen sie besitzen, hat die deutsche Regierung in der Voraussetzung, daß im Anschluß an die Uebergabe des Entwurfs der Präliminarien Verhandlungen über deren Inhalt beabsichtigt werden, folgende mit entsprechenden Vollmachten versehene Personen zu Delegierten bestimmt:

Reichsminister des Auswärtigen Dr. Grafen Brockdorff-Rantzau, Reichsjustizminister Dr. Landsberg, Reichspostminister Giesberts, Präsident der preußischen Landesversammlung Leinert, Dr. Karl Melchior und Professor Dr. Schücking. Als Begleiter der Delegierten sind weitere Personen in Aussicht genommen, deren Namen und Stellungen die deutsche Regierung baldigst in einem zweiten Telegramm bekanntgeben wird. Die deutsche Regierung ist bereit, die vorstehend bezeichneten Personen nach Versailles zu entsenden, wenn ihr die Zusicherung gegeben wird, daß den Delegierten und ihren Begleitern während ihres Aufenthaltes dort Bewegungsfreiheit sowie freie Benutzung von Telegraph und Telephon zum Verkehr mit der deutschen Regierung gewährleistet ist. Sie behält sich vor, für einzelne Friedensfragen nachträglich besondere Sachverständige zu benennen. Die Abreise der Delegierten und ihrer Begleiter würde sich jedenfalls um einige Tage verzögern.

Gez. Brockdorff-Rantzau.

Ostergespräche.

Ebert, Scheidemann und Graf Wedel über die Lage.

Wien, 20. April. (Drahtnachricht.) Die Neue Presse bringt in ihrer Osternummer Mitteilungen über Gespräche des Reichspräsidenten Ebert und des Botschafter Grafen Wedel mit dem Vertreter ihres Blattes über die innere und äußere Lage Deutschlands und über die Friedensfrage. Der

Reichspräsident

erklärte: Trotz der Niederlage und der grausamen Waffenstillstandsbedingungen nach dem furchtbarsten Kriege der Weltgeschichte und trotz der schweren inneren Verhältnisse hat Deutschland sich bis jetzt aufrecht erhalten. Deutschland wird und kann nicht untergehen. Die gegenwärtige Regierung will ein freies, soziales Deutschland durch den Willen der Mehrheit des Volkes. Wir wollen keine Herrschaft der Minderheit, kein Experimentieren mit wirtschaftlichen Utopien. Wir wollen aufbauen, nicht zerstören, vor allem aber keine Gewalt. Es ist daher auch der feste Entschluß der Regierung, keiner Drohung und keinem Zwang zu weichen. Auch gegen den mit neuer Kraft von Osten herannahenden Bolschewismus wird Deutschland weiterhin ein Damm bleiben. Dieser Bruch nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa und die ganze Welt in der bolschewistischen Flut ertränken würde. Dies sollten sich unsere Feinde gesagt sein lassen und ihre Politik danach einrichten. Deutschlands Lage jetzt und in Zukunft hängt von einem schnellen und annehmbaren Frieden ab. Will aber die Entente mit dem Frieden noch zögern, oder uns einen Gewaltfrieden aufzwingen, so hat allerdings alles, was ich eben gesagt habe, keine Geltung mehr. Auch die innere Kraft des deutschen Volkes kann nicht mehr helfen, wenn man sie gewaltsam zerstört. Weder die jetzige noch irgend eine deutsche Regierung wird einen Frieden unterzeichnen können, der den 14 Punkten Wilsons widerspricht. Sie wäre fertig, und damit würde alles zusammenstürzen.

Auch

Graf Wedel

betonte, daß Deutschlands nur auf Grund der Bedingungen Wilsons Frieden schließen könnte, diese Bedingungen dann aber auch loyal durchführen würde. In diesem Entschluß sei die Regierung mit der Nationalversammlung und dem ganzen deutschen Volke einig. Von dem Ergebnis der bevorstehenden Verhandlungen werde es abhängen, ob der Sturm sich legen oder zum Orkan anschwellen werde. Wir werden in letzterem Falle, sagte Graf Wedel, die Verantwortung nicht zu tragen haben. Wir ziehen es vor, uns im Ordnung zu bringen, so gut es eben geht, als einen Vertrag zu unterzeichnen, der die Zukunft Deutschlands vernichtet und uns und unsere Nachkommen zu Sklaven macht. Kein vernünftiger Mensch unterschreibt sein eigenes Todesurteil. Wer das nicht einsieht und uns eine solche Unterschrift zumutet, der hat den Sinn für die Wirklichkeit verloren.

Ministerpräsident

Scheidemann

erklärte gleichfalls gegenüber dem Berliner Vertreter vom Neuen Tag zu der Aufforderung der Entente, den festgesetzten Text der Friedenspräliminarien am 25. April in Versailles in Empfang zu nehmen, daß Deutschland an den 14 Punkten Wilsons als Grundlage für den Frieden unbedingt festhalten werde. Das Ziel werde nicht Ablehnung, sondern Verhandlungen über die Vorschläge der Entente sein, um wenn irgend möglich eine Einigung mit den Gegnern zu finden. Das Kabinett werde natürlich diese folgenschweren Entschlüsse nicht allein fassen, sondern die Nationalversammlung mitwirken und darüber hinaus möglicherweise das Volk durch Referendum entscheiden lassen.

Das Ende des Bankbeamtenstreiks.

Es darf kein Lohnausfall eintreten.

WTB. Berlin, 21. April (Drahtnachricht.) Am 2. Osterfeiertag fand im Zirkus Busch eine Riesenversammlung der ausständigen Bankbeamten statt, in welcher zu der Erklärung der Berliner Bankleitungen und zum Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Stellung genommen wurde. Während des sehr bewegten Verlaufes der 2½stündigen Sitzung kamen wiederholt zum Ausdruck, daß die Forderungen zwar nicht ganz erfüllt seien, daß man aber auf dem Erreichten weiterbauen könne. In einer temperamentvollen Ansprache betonte der Vorsitzende des deutschen Bankbeamtenvereins, Fürstenberg, daß der Streik den Bankleitungen gezeigt habe, daß die vereinigten Kräfte der Arbeitnehmer nicht zu unterschätzen seien. In den Urgrund aller Erbitterung und Verdrießlichkeit, in die Diktatur der Bankleitungen, sei eine gewaltige Bresche gelegt worden. Er schloß seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit der Aufstellung folgender Entschließung: Die Versammlung der streikenden Bankangestellten im Zirkus Busch verlangt die Abstimmung in den Betrieben. Den Betriebsversammlungen empfiehlt sie, die Arbeit nur unter der Voraussetzung wieder aufzunehmen, daß durch die Streiktage kein Einnahmeausfall entsteht. Dieser Entschluß wurde einstimmig angenommen.

Beendigung des New Yorker Hafenarbeiterstreiks.

WTB. New York, 19. April. (Drahtnachricht.) (Reuter.) Der Bürgermeister hat die streikenden Hafenarbeiter, die den Betrieb im Hafen lahmzulegen drohten, dazu veranlaßt, die Arbeit wieder aufzunehmen und die Regelung der Lohnfrage einem Schiedsgericht zu überlassen.

Für eine Volksabstimmung.

Nunmehr steht fest, daß die deutschen Friedensdelegierten zum 25. April nach Versailles eingeladen sind, wo sie die Bedingungen in Empfang nehmen sollen, unter denen die Entente den endgültigen Frieden mit uns abzuschließen bereit ist. Nicht zu Verhandlungen sollen die deutschen Delegierten den berühmten Versailler Spiegelsaal betreten, sondern lediglich zur — Empfangnahme der Befehle! Im Lager der Entente ist man so gründlich von einem Frieden der Versöhnung abgekommen, daß ein jedes Verhandeln als unnötiger Ballast angesehen wird, an dessen Stelle das rücksichtslose Diktat getreten ist. Wie dieses Diktat zu dem Unterhändler zu entsenden sich wirklich kaum verlohnt (ein Depeschenbote würde die gleichen Dienste leisten), aussehen wird, ist in den letzten Tagen durch die Pariser Presse hinlänglich bekannt geworden. Es besteht danach kein Zweifel mehr, daß die Entente nach Zurückdrängung des Wilsonschen Einflusses und unter der Führung des eroberungslustigen Clemenceau die Hand auf das Saargebiet legen will. Während über alle sonstigen strittigen Punkte die Meldungen von der Seine auseinandergehen, scheint über die Saargebietsfrage absolute Klarheit zu bestehen. Denn überall kommt gleichlautend zum Ausdruck, daß das Saargebiet für 15 Jahre unter französisches Gesetz und internationale Verwaltung gestellt werden soll. Es soll ferner von einer Vertretung in den deutschen Parlamenten ausgeschlossen sein und es darf erst nach 15 Jahren, also nach gründlicher französischer Bearbeitung, über das eigene Schicksal im Wege des Selbstbestimmungsrechtes entscheiden. Die Kohlenbergwerke des Saargebietes sollen dauerndes Eigentum Frankreichs werden und Deutschland darf sich seine eigenen Werke nach 15 Jahren zurückkaufen. Damit nicht genug: Deutschland soll in Jahresraten 125 Milliarden Frank (bei dem jetzigen Stande der Valuta ein mehrfaches in Markwährung!) zahlen, außerdem aber noch jährlich 4 Milliarden Frank für französische Militärpensionen.

Kann jemals eine deutsche Regierung, aus welchen Parteien sie sich auch zusammensetzen mag, ein derartiges Diktat unterschriftlich gutheißen? Nein, das kann keine deutsche Regierung! Das Unterschreiben derartiger Bedingungen wäre eine glatte Heuchelei und eine grobe Unehrlichkeit, weil eine jede Regierung von der innersten festen Ueberzeugung beseelt sein muß, daß Deutchlanfd niemals in der Lage sein wird, die Wünsche der Entente zu erfüllen. Es wäre ein Rechenproblem, ob Deutschland in der Lage wäre, derartige Bedingungen zu erfüllen, wenn das ganze 70 Millionen-Volk versklavt würde. Eine deutsche Regierung kann aber nicht die Hand dazu bieten, um das eigne Volk zu versklaven. Der „Vorwärts" hat unseren Gegnern mit Recht zugerufen: „Sie müssen sehen, wie sie mit den Bewohnern des Saargebiets fertig werden, die deutsch sind und deutsch bleiben wollen, und sie mögen selber erfahren, daß die in Vorschlag gebrachten Beträge von uns nicht herein zu bekommen sind, selbst wenn man uns das letzte zerrissene Bettuch unter dem Leibe und die letzten Stiefeln von den Füßen zieht." Nochmals: Die deutsche Regierung kann die oben wiedergegebenen Bedingungen nicht unterschreiben! Das fühlt auch die Pariser Presse der Eroberungswüstlinge und so ist man schnell mit mittelalterlichen Daumenschrauben bei der Hand. Für den Fall, daß die deutsche Regierung sich weigert, ebenso schändliche wie schmachvolle Bedingungen, die das Gegenteil der Wilsonschen Punkte sind, zu unterschreiben, droht man schon jetzt mit der Besetzung von weiteren deutschen Gebieten, mit der Einstellung der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln und mit der Verlängerung und Verschärfung der Hungerblockade. Die Bedeutung dieser Drohung soll nicht unterschätzt werden. Zu ihrer Ueberschätzung liegt allerdings ebenso wenig Anlaß vor. Immerhin ist die Drohung so gewichtig, daß

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190422017/fragment/page=0001

das deutsche Volk erst gehört werden soll und muß. Zwar erscheint es uns sicher, daß das ganze Volk hinter einer Regierung stehen würde, die der Entente ein deutliches Nein sagt, und ebenso sicher, daß Deutschland eine Regierung im Sturm hinwegfegen würde, die jemals einem derartigen Gewaltfrieden ihr Jawort geben würde. Und doch erscheint die Einholung der Meinung des Volkes dringendes Gebot. Die Befragung des Volkes kann in kürzester Zeit erfolgen. Die Fragestellung überlasse man der Nationalversammlung, die eigentliche Entscheidung der Gesamtheit des deutschen Volkes! Wenn dann das Volk durch seine Abstimmung klar zum Ausdruck bringt, daß es jeden Gewaltfrieden ablehnt, daß es sich nur einem Friedensvertrage auf der Grundlage der 14 Punkte Wilsons beugen will, daß es ungesäumte Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen fordert, sowie Räumung der besetzten Gebiete und Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen, dann werden vielleicht auch die Völker der Entente erkennen, daß ihre chauvinistischen Führer nicht über eine bestimmte Grenze der Demütigungen Deutschlands hinausgehen dürfen. Wenn eine gewaltige Mehrheit des deutschen Volkes ein solches Urteil vor der ganzen Welt abgibt, dann dürfen wir getrost die angekündigten weiteren Maßnahmen der Entente erwarten. Sie können uns nicht mehr schrecken! Das deutsche Volk hat so viel Leid und Bitternis durchgemacht, daß auch die grausamsten Drohungen seiner Gegner ihre Kraft verloren haben!

— C. H.

Weitere Einstellungen im Eisenbahnverkehr.

WTB. Stuttgart, 21. April. (Drahtnachricht.) Die Generaldirektion der württembergischen Staatseisenbahnen teilt mit, daß infolge der Einstellung des gesamten Schnellzugsverkehrs in Baden und wegen Kohlenmangels vom 23. April ab auch die auf den württembergischen Strecken noch verkehrenden Schnellzüge ausfallen. Die Generaldirektion teilt ferner mit, daß wegen Kohlenmangels auf sämtlichen rechtsrheinischen bayrischen Strecken vom 24. April d. Js. ab der gesamte Personenverkehr eingestellt wird.

Die Leiche Neurings noch nicht gefunden.

WTB. Dresden, 21. April. (Drahtnachricht.) Der zur Agnoszierung der Leiche des ermordeten Ministers Neuring am Sonnabend nach der angeblichen Fundstelle gefahrene Sekretär Herr Albert ist unverrichteter Sache zurückgekehrt, da in Klöden in der letzten Zeit überhaupt keine Leiche angeschwemmt wurde. Die Leiche ist noch nicht gefunden. Die Meldung von ihrem Auffinden bei Klöden ist dadurch entstanden, daß ein Fuhrhalter aus Preußch in der Elbfähre sich den törichten Scherz geleistet hatte, zu erzählen, die Leiche des ermordeten Ministers sei gefunden, und Hamster aus Leipzig, die dabei standen, dies sofort nach Dresden telephonierten.

Allgemeiner Streik in Bremen.

WTB. Bremen, 21. April. (Drahtnachricht.) Boesmanns Telegraphisches Bureau meldet: Nachdem gestern nachmittag sich die Gasarbeiter dem Generalstreik angeschlossen hatten, ist am ersten Ostertag der allgemeine Bürgerstreik eingetreten. Alle Betriebe mit Ausschluß der Behörden, stellen von heute früh ab ihre Tätigkeit ein. Ausgenommen sind nur der Sicherheitsdienst, die Feuerwehr und das Elektrizitätswerk. Die freien Berufe, wie Rechtsanwälte, Aerzte usw. schließen sich der Einstellung der Tätigkeit an. Auch die Lebensmittelgeschäfte, die Gast-, Schank- und Speisewirtschaften bleiben geschlossen. Die Zeitungen werden während der Dauer des Streikes nicht erscheinen. Der Telephon- und Telegraphenverkehr sind für den Privatverkehr gesperrt. Ueber Bremen wurde der verschärfte Belagerungszustand verhängt. Der heutige Tag ist ruhig verlaufen.

Lindau für die Regierung Hoffmann.

Der rote Kriegsminister gefangengenommen.

WTB. Neu-Ulm, 21. April. (Drahtnachricht.) In Lindau wurde durch Volksabstimmung die Räterepublik mit überwältigender Mehrheit abgelehnt.

Am 19. April wurde ein aus München kommender Zug mit Truppen der Räuberarmee durch die Posten der Regierungstruppen südlich von Pfaffenhofen angehalten. Die Insassen wurden gefangen genommen. Patrouillen der Regierungstruppen haben am Sonntag nachmittag den Kriegsminister Reichardt der Roten Armee bei Petershausen gefangen genommen.

Verhafteter Kommunistenführer.

WTB. Offenbach, 20. April. (Drahtnachricht.) Der Kommunistenführer Eisenreich, der den Putschversuch am Karfreitag veranlaßte, ist verhaftet worden. Eisenreich ist als Anarchist schon vor mehreren Jahren zu längerer Zuchthausstrafe verurteilt worden.

Augsburg den Kommunisten entrissen.

Eine größere Anzahl Tote und Verwundete bei Straßenkämpfen.

WTB. Augsburg, 21. April. (Drahtnachricht.) Größere gemischte bayrische und württembergische Truppenverbände haben am 1. Osterfeiertag früh die Stadt Augsburg besetzt. Infolge des Widerstandes der Kommunistenanhänger kam es zu Straßenkämpfen, bei denen es auf beiden Seiten eine größere Anzahl Tote und Verwundete gab. Ueber Augsburg wurde der Kriegszustand verhängt. Von Seiten des Führers der Regierungstruppen erhalten wir über die Beweggründe des Einmarsches einen Bericht, in dem es heißt: Für das Vorgehen gegen München ist es notwendig, daß

die rückwärtigen Verbindungen

über Augsburg, insbesondere die Eisenbahnverbindung, unbedingt gesichert bleiben. Der Regierung ist es nicht gelungen, dieses Ziel durch politische Vereinbarungen zu erreichen. Sie war daher gezwungen, zu militärischen Mitteln zu greifen. Der Kommandant der Regierungstruppen erhielt den Auftrag, Augsburg am 20. April, morgens, durch Ueberraschung in Besitz zu nehmen. Schließlich wurden von dem Augsburger Kommandanten folgende Bedingungen angenommen: Unbedingte Anerkennung der Regierung Hoffmann,

Abgabe sämtlicher Waffen,

Auslieferung der Rädelsführer, Besetzung der Stadt durch die Regierungstruppen, Bildung einer Volkswehr in Augsburg, bestehend aus allen Berufen und Ständen.

Die Arbeiter der Vorstädte, wo es ebenfalls zu Zusammenstößen kam, wurden zur Annahme folgender Bedingungen veranlaßt: Die Arbeiterschaft in den Vorstädten geht hinter die Flüsse Wertach und Lech zurück und

stellt die Feindseligkeiten ein.

Die Regierungstruppen stellen darauf die Feindseligkeiten ebenfalls ein und folgen nicht über die Flüsse. Die eingerückten Regierungstruppen werden Augsburg verlassen, sobald eine genügend starke Volkswehr, die aus allen Kreisen der Bevölkerung unter Bevorzugung der organisierten Arbeiter unter Berufsunteroffizieren gebildet wird, vorhanden ist. Die Arbeiterschaft der Vorstädte erklärte ausdrücklich, daß sie keinen gewaltsamen Versuch zur Befreiung der Gefangenen unternehmen wird. Die am ersten Tage von den Truppen gemachten Gefangenen werden, wenn nicht persönl che Vergehen bei der Untersuchung zutage treten, möglichst rasch wieder entlassen. Der freie Durchzug der Truppen und Fahrzeuge von Norden her, wird gewährleistet. Die Nacht ist ruhig verlaufen.

Riesendiebstahl eines Kommunisten.

WTB. Wien, 19. April. (Drahtnachricht.) Nach Blättermeldungen sind bei dem gestern verhafteten kommunistischen Agitator Ernos Steiner aus Budapest Werte von mindestens 2 Mill. Kronen in Wertpapieren, Losen und Aktien österreichischer Unternehmungen, offensichtlich aus den Depots ungarischer Banken, sowie Flugblätter, Broschüren und Zeitungen kommunistischen Inhalts beschlagnahmt worden.

Belgische Sozialisierungsforderungen.

WTB. Amsterdam, 20. April. (Drahtnachricht.) Einer Havas-Reutermeldung aus Brüssel zufolge hat der dort tagende belgische Sozialistenkongreß einstimmig einen Beschluß gefaßt, in dem die Verstaatlichung der Bergwerke, der Hauptransportmittel, Industriezweige gefordert wird. Die sozialistischen Abgeordneten werden aufgefordert, diesbezügliche Gesetzentwürfe zu entwerfen.

Die indische Gefahr.

England in schweren Nöten.

WTB. London, 21. April. (Drahtnachricht.) Die englische Presse vom 17. April bringt Nachrichten aus allen Teilen Indiens und Aegyptens über schwerste Unruhen, Ermordung von Europäern und öffentlichen organisierten Widerstand gegen britische Behörden. Daily Telegraph stellt die mahnende Enttäuschung und Sorge des englischen Volkes über diese Hiobspost fest. Man habe während des Krieges sich eingeredet, im Osten eine absolut treue Gefolgschaft zu haben. Kein Engländer hätte sich derartige Vorkommnisse träumen lassen. Daily Telegraph und Times bitten die Inder dringend, zur Vernunft zu kommen und den englischen Behörden keine weiteren Schwierigkeiten zu bereiten. Die Sorge darüber, daß das englische Kolonialheer den Unruhen nicht gewachsen ist, kommt in allen Zeitungen zum Ausdruck.

Halle und Umgebung.

Halle, den 22 April 1919

9 Listen zur Stadtverordnetenwahl!

Neun — sage und schreibe: Neun — Listen! Höher hinaus gehts nimmer. Sieben bürgerliche Listen — da hat die Bürgerschaft wirklich das Aussuchen. Neben den Listen der politischen Parteien nicht weniger als drei parteilose Listen. Ein Teil der Privatangestellten bringt eine eigene Liste — der andere Teil, darunter die großen Angestelltenverbände, haben sich bekanntlich für die Deutschdemokratische Liste entschieden. — Eine lose Vereinigung von Gewerbetreibenden marschiert mit einer eigenen Liste auf und noch eine dritte Sondergruppe, die man als die Gruppe der Kriegsbeschädigten bezeichnen könnte, tritt mit einer Sonderliste auf den Plan.

Unseren Standpunkt kennen unsere Leser. Wir bedauern es außerordentlich, daß die nichtsozialdemokratische Wählerschaft in dieser Weise zur Zersplitterung veranlaßt werden soll. Wir versprechen uns davon keineswegs, wie einzelne Wortführer dieser Sonderbestrebungen behauptet haben, eine regere Beteiligung an der Wahl. Es ist durchaus nicht so, daß reger gewählt wird, je mehr Auswahl der Wählerschaft sich bietet, im Gegenteil: die Wahlstatistik hat in den meisten Fällen bewiesen, daß durch zu viel Parteiungen die Beteiligung herabgemildert wird. Unter den heutigen Verhältnissen in einer Zeit des gleichen, allgemeinen, geheimen Wahlrechts für alle Männer und Frauen über 20 Jahre, kann nur dann der Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie — und in Halle kommt in erster Linie die unabhängige Sozialdemokratie in Frage— mit Aussicht auf Erfolg geführt werden, wenn nach politischen Parteien gewählt wird, wenn die großen politischen Parteien, wie bei den Wahlen zur Nationalversammlung, die gesamte Wählerschaft in möglichster Geschlossenheit zum Wahltisch rufen. Es ist schon bedauerlich, daß solche Parteisplitter, wie die christlich-soziale Volkspartei in Halle (Zentrum) und die deutsche Volkspartei mit einer eigenen Liste hervortreten. Sie haben günstigsten Falles die Chance, den ersten Vertreter ihrer Liste gewählt zu sehen, alle anderen fallen hinten runter, die vorige Wahl hat das bewiesen. Unter diesem Gesichtswinkel ist die Liste mit dem Namen Rektor Spiett (Christlich soziale Volkspartei) und die Liste mit dem Namen Geheimrat Dr. Finger zu bewerten. Die Christlich-Sozialen marschieren aber mit 8 Kandidaten und die Deutsche Volkspartei gar mit 26 Kandidaten auf.

Die parteilose Liste, auf die sich einige Privatangestelltenverbände unter Führung des deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes geeinigt haben, beginnt mit dem Namen des Oberingenieurs Wilhelm Heine, der bei der vorigen Wahl noch unter den Kandidaten der deutschen Volkspartei figurierte. Die Liste umfaßt nicht weniger als 30 Namen. Die Liste der Kriegsbeschädigten beginnt mit dem Namen Buchdruckereibesitzer Bartels und weist 18 Kandidaten auf. Bescheidener geht dagegen die dritte parteilose Liste einher, die Liste einer Gruppe von Gewerbetreibenden, die mit dem Namen Kaufmann Hermann Weschke beginnt und 10 Namen aufweist. Die Liste der Unabhängigen (Spartakus) hat für alle 66 Mandate Kandidaten aufgestellt. Die alte Sozialdemokratie (Liste Kleeis) beginnt sich mit 30 Namen, die deutschnationale Liste (Professor Steinbrück) mit 30 und der Deutsch-demokratische Wahlvorschlag, die Liste der weitaus stärksten bürgerlichen Partei (Kaufmann Julius Ritter) führt 42 Namen auf.

Wir können nur immer wieder betonen, daß in Halle, wo die Hauptaufgabe sein muß, eine Mehrheitsbildung der unabhängigen Sozialdemokratie im Stadtverordnetenkollegium zu verhindern, die nichtsozialdemokratische Bürgerschaft, wenn sie eine allen Bevölkerungsschichten dienende Kommunalpolitik verbürgt haben will, einzig auf die Stärkung der deutschen demokratischen Partei ihr Augenmerk richten muß. Die deutsch-demokratische Partei wird auch im Stadtparlament jede einseitige Klassenpolitik bekämpfen; sie wird die Kommunalpolitik nach großen Gesichtspunkten leiten und das Interesse aller Berufsstände gerechtabwägen und leiten und danach ihre Beschlüsse einrichten. Eine gesunde Entwicklung unseres Gemeinwesens trotz der Schwere der Zeit ist gesichert, wenn die deutsch-demokratische Partei noch mehr Kandidaten als beim vorigen Male, wo 21 auf ihre Liste gewählt wurden, durchbringt. Darum wählt am nächsten Sonntag einmütig:

die Liste Ritter.

Keine Friedenslöhnung für Garnisonsoldaten. Wie bekannt, hat die Verfügung des Kriegsministeriums, daß den noch bei den Garnisontruppenteilen befindlichen Soldaten, einschließlich des Sanitätspersonals und der Kranken, vom 11. April ab Friedenslöhnung gezahlt werden solle, bei den Truppenteilen und noch mehr bei dem Sanitätspersonal Erregung verursacht. Verhandlungen haben jedoch jetzt zu dem Ergebnis geführt, daß den Mannschaften bis zum Feldwebel einschließlich die bisherige Löhnung weiter gezahlt wird. Allerdings nur noch kurze Zeit, da die Demobilisation des Heeres im ganzen und großen bis zum 1. Mai durchgeführt sein wird. Eine Ausnahme machen die Angehörigen des Sanitätsdienstes, die aller Wahrscheinlichkeit nach noch weit über diesen Termin hinaus gebraucht werden dürften. Soweit die Sanitätsmannschaften nicht in die Reichswehr übernommen werden, sollen sie durch Zivilvertrag angestellt werden, wobei Gehälter von 370 Mk. gezahlt werden. Auch die noch über den 1. Mai hinaus benötigten Handwerker werden durch Zivilvertrag mit 14tägiger Kündigung angestellt.

Provinzial-Nachrichten.

w. **Aschersleben**, 18. April. (Kampf mit Einbrechern.) Durch die Sicherheitswehr wurde in vergangener Nacht im benachbarten Reinstedt ein Einbrecher erschossen. Als der Wachtposten, der Landwirt Mingram, drei verdächtige Personen zum Stehen aufforderte, gaben sie vier Revolverschüsse auf ihn ab. Eine Kugel durchschlug den Oberschenkel. Trotz seiner Verwundung erwiderte der Landwirt das Feuer und tötete einen der Verbrecher, während die beiden anderen flüchteten. Die gerichtliche Untersuchung konnte die Person des Erschossenen, dessen Gesicht durch den Schrotschuß total zerfetzt ist, nicht feststellen, da er keine Papiere bei sich führte. Außer einen Browning fand man bei ihm noch einen Dolch.

Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung".

Fußballsport.

Fußball in Halle.

Die diesjährigen Ostern brachten wenig interessanten Sport. Nicht, daß es nur Lokalbegegnungen gab, sondern die gezeigten Spiele waren recht mäßig.

Am 1. Osterfeiertag gab es nur ein Spiel und zwar Borussia—Wacker. Wie schon in sämtlichen Begegnungen der letzten Zeit, endete auch diesmal das Treffen mit dem unentschiedenen Ergebnis 2:2. Besonderen Sport bot dieses Spiel nicht. Schuld daran mag vielleicht der starke Wind gewesen sein, den Wackeranern lag noch das Spiel des Freitags in den Gliedern. Sie führten ein ziemlich mattes Spiel vor, wogegen Borussia wenigstens etwas flotter spielte. Die Tore fielen sämtlich in der ersten Halbzeit. Nachdem Borussia kurz nach Beginn die Führung übernommen hatte, stand das Spiel nach 10 Minuten bereits 2:1 für Wacker. Erst kurz vor der Pause schaffte Jürgens den Ausgleich. War Borussia in der ersten Halbzeit mit Wind überlegen, so spielte Wacker nach Halbzeit diese Rolle. Aber alle Angriffe des Wackersturmes brachten nichts ein, da zu ungenau geschossen oder zu lange gezögert wurde. Auch Borussia hatte mit seinen gelegentlichen Durchbrüchen kein Glück, so daß die zweite Halbzeit torlos verlief. Dem Spielverlauf hätte wohl ein knapper Sieg Wackers heer entsprochen.

Am 2. Osterfeiertag gab es zwei Spiele, die beide gewaltig unter den Wind zu leiden hatten. Halle 96 schlug nach überlegenem Spiele die Sportfreunde mit 5:1. Bei Halbzeit führte der Gaumeister bereits 3:1. Der 96er Sturm arbeitete unter Leitung Förderers ganz famos und gab der gegnerischen Verteidigung harte Arbeit. Die Sportfreundemannschaft enttäuschte nicht. — Das andere Spiel Borussia—Favorit brachte ein unentschiedenes Ergebnis heraus. Mit 3:3 teilten sich die Gegner in den Sieg. Favorit hatte verschiedene Ersatzleute, die sich aber ganz gut bewährten. Mit Wind im Rücken legten die Favoriten bis zur Halbzeit 3 Tore vor. Nach der Pause hatte Borussia mehr vom Spiel und konnte 2 Tore aufholen. Ein Selbsttor Dahlhelms brachte den Borussen den Ausgleich. Ein knapper Sieg Favorits hätte dem Spielverlauf besser entsprochen.

kf.

Pferdesport.

Die Rennen an den Ostertagen.

(Eigener Drahtbericht der Saale-Zeitung.)

Rennen zu Karlshorst am 21. April.

1. Glückauf-Hürdenrennen. (2700 Meter, 8000 Mark.) 1. Wellenbrecher (Lewicki), 2. Malachit (Thalecke), 3. Schinver (R. Fritsche). Sieg 45, Platz 19, 17, 26. 12 liefen.

2. Residenz-Jagdrennen. (3800 Meter, 12 000 Mk.) 1. Büttich (O. Bauer), 2. Galant (Plüschke). Nur 3 Pferde liefen. Sieg 16.

3. Mars-Jagdrennen. (3200 Meter, 10 000 Mk.) 1. Moretto (Dubr), 2. Hagelschlag (Schiemann), 3. Minorca (Bonnet). Sieg 24, Platz 16, 41, 143. 9 liefen.

4. Frühlings-Hürdenrennen. (3000 Meter, 15 000 Mark). 1. Dirigent (Lewicki), 2. Kanone (R. Fritsche), 3. Sattelfest (W. Fritsche). Sieg 52, Platz 19, 15, 20. 7 liefen.

5. Osterpreis. (Jagdrennen, Ausgleich, 4000 Meter, 30 000 Mk.). 1. Rosendaal (Kukulies), 2. Carlsminde (Thalecke), 3. Leonard (Theilen). Sieg 31, Platz 24, 21, 19. 11 liefen.

6. April-Jagdrennen. (3600 Meter, 10 000 Mk.). 1. Eichelkönig (Friedrich), 2. Feierabend (Plüschke), 3. Einwurf (Schiemann). Sieg 81, Platz 24, 21, 19. 11 liefen.

7. Preis von Schönhausen. (Jagdrennen, 3400 Meter, 10 000 Mk.). 1. Pionier (Krattiger), 2. Kameradt (Theilen), 3. Semira (Scholz). Sieg 30, Platz 12, 19, 11. 8 liefen.

*

Die Ergebnisse der Rennen zu Dresden und Hannover können Raummangels wegen erst in nächster Nummer veröffentlicht werden.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms, für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Sport und Briefkasten Heinrich Miesbner; Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Otto Stelter.
Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190422017/fragment/page=0002